



ARE-KURZINFORMATION– Serienfax / E-Mail-Kette Nr. 224 –vip- 04.01.2013

Liebe ARE-Mitglieder und -Mitstreiter, sehr geehrte Mitglieder aus den Verbänden und Gruppen unseres Zusammenschlusses, sehr geehrte Damen und Herren,

Mit unserem kurz zusammengefassten Positionspapier zum Jahreswechsel (Kurzinfo 223), dass Sie sich hoffentlich besonders intensiv – wie erbeten- angesehen haben, konnten wir eine wichtige Wegmarke für die begonnene Etappe setzen. Wir steuern hiermit gezielt den bevorstehenden **16. ARE Kongress** an, diesmal als Gemeinschaftsveranstaltung mit der FRE am **19./20 April 2013** in Potsdam. Schon heute möchten wir Sie bitten, dabei zu sein und die Termine bei Ihnen festzuschreiben. Das Programm folgt in Kürze.

Nun aber zum Auftakt hier die wichtigsten anderen Themen und Punkte:

– **Politische Vorstöße bei den Koalitionsparteien zu nicht eingelösten Versprechen-**
Trotz verschiedener Ankündigungen hat der im Finanzministerium (!) nach der Bundestagswahl 2009 eingerichtete „Ausschuss“ und etlicher Besprechungen (?) bis jetzt keinen Vorschlag zur Verbesserung der Bedingungen für die seit 20 Jahren „zielstrebig“ benachteiligten Verfolgungs- und Konfiskationsopfer zustande gebracht. Stattdessen werden seit Monaten Vorschläge „angekündigt“. - Noch schlimmer: Gelegentlich wird auf die „Quasi-Erledigung“ durch das Flächenerwerbsänderungsgesetz verwiesen, was bekanntlich schon vor 2009 für CDU/CSU und FDP klar abgestimmt war. - Die jetzige Wortbruch-Situation bei den Koalitionsparteien war Anlass genug für den ARE-Vorsitzenden, bei politischen Hintergrundgesprächen zum Jahresende einerseits auf die Enttäuschung der Betroffenen, andererseits auf die möglichen Folgen im Wahljahr 2013 hinzuweisen (Merke: 2002 gewann Schröder hauchdünn nur mit wenigen tausend Stimmen, vermutlich durch Wahlenthaltung und wegen der Enttäuschten).

In den nächsten Wochen wird dieses unerfreuliche Thema in Berlin und in den Wahlkreisen zur Sprache kommen, ein entsprechendes Strategiepapier wird umgesetzt. Zur Zeit liegt der negative Schwerpunkt bei den Unionsparteien, seitens FDP gab es konkret Initiativen! Dass anstelle der Union sogar eine Grünen-Abgeordnete sich mit Anfragen erneut bewährt, beweist das Beispiel von Cornelia Behm, hier wörtlich ein Auszug aus einer der Anträge:
„ 11. Durch ein geeignetes Verfahren wird sichergestellt, dass für den begünstigten Alteigentümer-Erwerb in allen Regionen hinreichend viele Flächen reserviert bleiben. BVVG-Flächen werden daher in den einzelnen Regionen nur in dem Umfang per Direkterwerb oder Ausschreibung verkauft, der den begünstigten Alteigentümer-Erwerb regional nicht gefährdet. Ansonsten ist ein regionaler Verkaufsstopp zu erlassen. Daneben wird geprüft, ob und wie für den Fall, dass berechnete Ansprüche von Alteigentümern in der Region nicht mehr erfüllt werden können, bereits getroffene Verkaufsentscheidungen rückgängig gemacht werden können, um zugunsten der Alteigentümer neu zu entscheiden.“

ARE-Plänitz : Hofstraße 5, 16845 Plänitz bei Neustadt/Dosse, Tel.:033970/ 51874 / 6, Fax 033970/ 51875

ARE-Zentrum Hessen: Westendstr. 14a, 34305 Niedenstein, Tel.: 05624/ 926258, Fax: 05624/ 926268

e-Mail: Info@ARE.org, Internet: <http://are-org.de>

Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin: BLZ: 16061938, Ktonr.: 10 3012794

Vorstöße und Anträge in dieser oder auch in Richtung der Koalitionsversprechen hätten wir gern auch von Vertretern der regierenden Koalition dezidiert gehört, stattdessen wird immer wieder die Gebetsmühle bemüht: „ nicht durchsetzbar“ , „Ost-Abgeordnete wollen ihre Leute schützen“ - gemeint sind vor allem die Ex-LPG-Megabetriebe- „ Mit dem Finanzminister haben sich die zuständigen Abgeordneten schon genug angelegt“ usw. Inzwischen geht der Verkauf, auch an industrielle Investoren, als Folge der verkrachten Struktur- und Eigentumsschutzpolitik weiter.

Aber: unsere Offensive geht in eine neue Dimension über, siehe nächstes Thema:

- Flächenerwerb -Umsetzung unter veränderten Vorzeichen: mehr „Waffengleichheit“-

Mit den errungenen Fortschritten im vergangenen Jahr, Stichworte hierzu:

-Landerwerb (ca. 7 %) für Verfolgungsoffer 1945-1949 zum Ackerpreis von 2004;
-Erwerbsanspruch für Verfolgte auch für Erben/ Erbeserben bis zum 4. Glied möglich;

- Mögliche Offenlegung aller im BVVG-Besitz noch befindlichen Flächen;
- Kontrollmöglichkeit der BVVG durch zu veröffentlichende Arbeitsanweisungen;
- Bevorstehende Konsequenzen – d.h. Notwendiger Verkaufsstopp zum Schutz der Betroffenen, die noch keinen Anspruch geltend machen konnten (fehlende Bescheide der Ämter) aufgrund der inzwischen offiziell bekannt gemachten Zahlen, sogar seitens des BMF und vor allem des zuständigen BADV . Konkret: weit über 3.000, womöglich über 10.000 Fälle nach ALG und EALG. Somit reichen die noch verfügbaren BV V G -Flächen nicht mehr aus, um das Gesetz umzusetzen, Musterverfahren zum Schadensersatz werden jetzt denkbar.

Zum Jahresbeginn werden wir versuchen, mit einer Reihe von Verhandlungen und Anfragen für eine definitive Klärung zu sorgen. Vorab bleibt es aber dabei, was wir schon wiederholt verdeutlicht haben: Alle Ansprüche müssen jetzt ohne Verzögerung mit detaillierten Sachstandsangaben weiterverfolgt werden. Mit nur formaler Anmeldung bei der BVVG ist es nicht getan, abgesehen davon, dass dies auch finanzielle Nachteile für die Betroffenen und vor allem die Erben und Erbeserben hat. - Wenn jemand trotzdem Stillstand beobachtet oder Komplikationen zu erkennen meint, möge er sich umgehend bei der ARE melden, damit wir seinen Fall versuchen, schnellstmöglich „flott zu machen“, was schon verschiedentlich gelang.

- Zum guten Schluss noch dies: in Kürze werden – wenn nicht alles täuscht - im Zuge der Enquete-Kommission Brandenburg(wir berichteten laufend) Neuigkeiten die Öffentlichkeit erreichen, die ähnliche Folgen haben können wie das Flughafen-Desaster in Schönefeld. Hierzu Spannendes in Kürze .

Für heute verbleiben wir mit besten Grüßen

Ihr ARE-Team mit M. Graf von Schwerin

